

## LAND-WIRTSCHAFT

Landwirtschaft ist traditionell dazu da, Produkte zu erzeugen, welche (überwiegend) der menschlichen Ernährung dienen. Damit ist sie Dienerin des Menschen. Trotz gewaltiger Veränderungen entspricht das Bild, welches wir von ihr in den Köpfen tragen, immer noch eher dem Volkslied „Im März der Bauer ...“.

Heute hat sich die Landwirtschaft zu einem Gefährdungspotential für die Menschen ausgewachsen, eine Agri-Kultur, die keine „Kultur“ ist. Zur Veranschaulichung solcher Beeinträchtigungen: Bei 5,5 Millionen dänischen Bürgern werden dort jährlich 23 Millionen Schweine geschlachtet. Der Gestank von Schweinefarmen wächst sich mittlerweile zu einem landesweiten Problem mit Güllefeldern und flächendeckendem Grundstückspreisverfall aus, sodaß sich eine **Schutzgemeinschaft gegen diese Form der Landwirtschaft** gebildet hat.

Wenn wie hier von Land-Wirtschaft gesprochen wird, so ist diese einerseits vom Garten-Bau, andererseits von der Agrarindustrie abzugrenzen. Oft haben diese gar keine Gemeinsamkeiten mehr, da für sie jeweils eigene Bedingungen gelten. Als wichtigstes Unterscheidungsmerkmal zwischen Land-Wirtschaft und Garten-Bau einerseits und der Agrarproduktion andererseits kann gelten, dass letztere auf die Land-Ausbeutung setzt, während die anderen den sorgfältigeren Umgang mit dem Boden im Sinne der eigentlichen Bedeutung von „Wirtschaften“ berücksichtigen.

**Der Skandal der rapide fortschreitenden Industrialisierung und Kommerzialisierung unserer Landwirtschaft, trotz der verheerenden Auswirkungen in den USA, hat den Land-Wirt, einstmals selbst- und verantwortungsbewusster Boden-, Landschafts- und Tierpfleger, heute zu einem gedemütigten und zerbrochenen Subventionsempfänger und damit zu einem Komplizen eines Natur und Tiere zerstörenden Agrarsystems gemacht.**

Wer sich beispielsweise über die Verseuchung der diesem Prinzip entstammenden Nahrungsmittel informieren will, der sei auf [www.foodwatch.de](http://www.foodwatch.de) verwiesen.

In der Geschichte unseres Landes hat es eine Reihe von Bauernlegen und Bauernsterben gegeben. Keines reichte jedoch an das Ausmaß der heutigen heran. Unsere Regierung sieht dem tatlos zu, ein volkswirtschaftlicher Skandal. Das am häufigsten gehörte Argument für die systematische Ausrottung des bäuerlichen Mittelstandes zugunsten einiger Großbetriebe und einem steigenden Importanteil lautet, dass vom Ausland eben billiger geliefert würde und die „überholten ländlichen Wirtschaftsformen“ nicht mehr konkurrenzfähig seien, sowie als wirkungsvollste Entgegnung auf die eine oder andere eher verstoßene Mahnung, dass so die Verbraucher (=Wähler) eben begünstigt seien. Jedoch: **Ein Staat ohne Bauernland ist „elend“.**

Nun ist es unstrittig, dass der übliche bäuerliche Klein- und Mittelbetrieb, bei dem von dem Huhn bis zur Kuh und dem Rechen bis zum Traktor alles vertreten war und der ursprünglich (sehr sinnvoll) auf Autarkie abgestellt war, nicht mehr lebensfähig ist, zumal dann, wenn er auch noch auf die Subventionen verzichten muß, welche massiert der Agrargroßindustrie zufließen.

Ganz abgesehen davon, ob es nicht einer Diskussion wert ist, warum denn die ausländischen Billiglieferten hochsubventioniert sind und wel-

che Folgen dies für die belieferten Volkswirtschaften hat, auch unter Nichtberücksichtigung der Tatsache, dass durch billige Futtermittelimporte, vorwiegend aus der Dritten Welt, dortige Volkswirtschaften beeinträchtigt sind (bis zu Hungersnöten in früheren Selbstversorgerstaaten) **muß das Bauernsterben beendet werden.** Denn der bäuerliche Betrieb hatte neben den Aufgaben der Nahrungsmittelerzeugung mit seiner früheren Einbindung in das ökologische System des Wirtschaftens (Stichwort: Nachhaltigkeit) weitergehende Funktionen bis hin zur Kulturlandschaftspflege. Das steigende Ausmaß der verödeten Flächen, auch schon die allmähliche Wandlung des Ackerlandflickenteppiches in eine zusammenhängende Grünlandfläche, gibt uns deutliche Anschauungen vom Wandel. Was in Krisenzeiten auf uns zukommen kann, sieht man ja bereits bei der Auslandsabhängigkeit von Energiemärkten.

Es ist verständlich, dass die Land-Wirtschafts-Frage nicht national gelöst werden kann. Unter Bereinigung der Verzerrung durch EU-Subventionen (z. B. besonders für Frankreich) muß die EU nicht nur wirtschaftlich, sondern auch agrarwirtschaftlich harmonisiert werden. Ganz besonders im Hinblick auf die Zuwächse an Agrarflächen durch die zukünftigen östlichen Beitrittsländer, muß ein neues EU-weit geltendes Agrarproduktionssystem aufgebaut werden. **Eine EU ohne Förderung der Land-Wirtschaft ist auf Dauer nicht lebensfähig,** wenn weltweite Probleme entstehen, welche wir heute noch garnicht abschätzen können.

Wie könnte dieses System bei allmählichem Zurückdrängen der Agrarindustrie aussehen? Aus der Tatsache, dass einerseits der herkömmliche mittelständische Agrarbetrieb, der alles lieferte, nicht mehr lebensfähig ist, andererseits spezialisierte Betriebe der gleichen Größenordnung, welche nach neuem System arbeiten, florieren, kann nur das Prinzip des Zusammenwirkens vieler produktionsspezialisierter Betriebe (Freilandkälberaufzucht als Beispiel) bis zur Schaffung gemeinsamer Vertriebswege (Direktvermarktung) eine Chance sein. Ein altes Beispiel liefert die Jahrtausende alte Weidewirtschaft im alpinen Raum, die gemeinschaftlichen Besitz oder doch Nutzung von Weideflächen voraussetzt und manche Übereinstimmung mit der früher allgemein üblichen Allmende hat.

Bei entsprechender Spezialisierung muß allerdings auch gewährleistet sein, dass – um im gewählten Beispiel zu bleiben – die Versorgung des Viehs nicht mehr durch den Eigentümer, sondern durch gemeinsam besoldete Arbeitskräfte erfolgt, sodaß im Einzelbetrieb bäuerliche Kraft für weitere Aufgaben bis hin zum Tourismus frei wird. Zugleich ist für die in die EU drängenden landwirtschaftlich spezialisierten Kräfte eine Beschäftigungsmöglichkeit gegeben, wozu freilich die Abschaffung der teilweise noch menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen gehört, sodaß sich langfristig das Ansehen des „Bauernstandes“ wieder verbessert und der Landflucht Einhalt geboten wird, die sowieso deshalb widersprüchlich ist, weil sich in anderer Weise der „Drang zur Natur“ verstärkt.

Wie aber kann nach und nach diese neue Allmende als Grundlage für spezialisierte Gemeinwirtschaft geschaffen werden? Dazu bietet sich ein Modell an, nach dem die Besitzer aufzgebender, unwirtschaftlicher Einzelbetriebe ihr Land nicht verkaufen (sie Erlösen zurzeit sowieso fast nichts dafür), sondern es anteilig in die Gemeinschaft einbringen. Welche Sicherheit eine solche Konstruktion bietet, zeigt bis fast in unsere Tage

das Überleben der Siebenbürgerdeutschen durch Beibehaltung der Markgenossenschaft in völlig anders wirtschaftender Umgebung. Noch heute, nach ihrer Vertreibung, ist der visuelle Unterschied feststellbar.

Nicht unterschätzt werden darf auch die soziale Bedeutung dieser Art von Land-Wirtschaft. Nicht nur, dass sie Arbeitsplätze schafft und Beschäftigung für Menschen ermöglicht, die ansonsten als unterqualifiziert in den städtischen Industrien unterzukommen haben, sie schafft auch eine soziale Ausgewogenheit in der Bevölkerung und trägt dazu bei, soziale Spannungen bis hin zu den Folgen der Kriminalität abzubauen. Zudem ist mit der aufrechterhaltenen Bewirtschaftung der „Freiflächen“ eine automatische Sozialkontrolle verbunden, die manchen gesellschaftlichen Auswüchsen entgegenwirkt. Nicht zuletzt trägt dieser Vorschlag dazu bei, den Gemeinsinn zu fördern und denjenigen Bevölkerungsschichten als anteiliges Eigentum zu wachsen zu lassen, die es sonst nicht hätten bilden können, aber auch denjenigen zu erhalten, die es sonst aufgeben hätten; beide erhöhen damit ihre Krisensicherheit (→ QBL 45 Eigentum als Bedingung für Freiheit).

Wenn dann noch die Allmendenutzung im Laufe der Zeit auf die Kopfhöhe der beteiligten Familien ausgerichtet wird, so bedeutet dies neben einer gewissen Alterssicherung (worauf schon Adolf Damaschke hingewiesen hat) zugleich auch, dass Kinder nicht als Belastung, sondern als Vorteil eingeschätzt werden, also eine positive Beeinflussung der Bevölkerungsstruktur. Schließlich bleibt produzierendes Land weiterhin „aktiv“, d. h. ertrags- und damit steuerbringend und wird nicht zur toten Belastung für den Staat = die Allgemeinheit, landschaftspflegerische Maßnahmen als Sonderkosten entfallen.

bleibt letztlich die Frage, was für den „Verbraucher“ dabei herauskommt. Es ist leicht verständlich, dass eine gemeinschaftliche Bewirtschaftung billiger kommt, als Einzelbewirtschaftung; das wirkt sich bis zu den Investitionen für die Maschinen aus, wie die Landwirtschaftsmaschinenvereine beweisen. Daher müssen zwangsläufig auch die Produkte billiger werden. Im übrigen haben die bäuerlichen Selbstvermarktungsbetriebe unter viel schwierigeren Bedingungen und ohne den vorgeschlagenen Verbund, dafür bereits den Beweis erbracht, dass sie zu gleichem Preis wie die Agrarindustrie Produkte liefern können, ein wichtiges Argument im Sinne der Volksgesundheit.

Alle „Gemeinschaftsideen“ besitzen in sich einen tödlichen Keim, der sie schließlich zunichte machen kann. Damit ist nicht die Verstaatlichung gemeint, denn hier handelt es sich um privat organisierte Gemeinschaften. **Der wirkliche Feind ist der Wohlstand.** Das mussten sowohl die Jahrhunderte lang praktizierten „urkommunistischen“ Gemeinschaften Balis, wie die Kibbuzze in Israel (eigentlich sozialistische Importe aus Europa) erfahren: **Mit Reichtum fällt eine Gemeinschaft auseinander.**

Es ist wenig sinnvoll, wieder einmal agrarforschende Institute oder Interessenvereine mit „Forschungsmitteln“ zu beglücken. Viel besser ist es, klein anzufangen, ganz verschiedene Musterbetriebe zu unterstützen und auszuprobieren. Aber am wichtigsten ist, neben der Förderung der Systeme „gemeinsame Nutzung“ und „Direktvermarktung“ (als die erwähnten Beispiele) volks- und betriebswirtschaftliche Regularien vorzusehen, welche dem **Tod durch Reichtum** entgegen wirken. Jedenfalls: